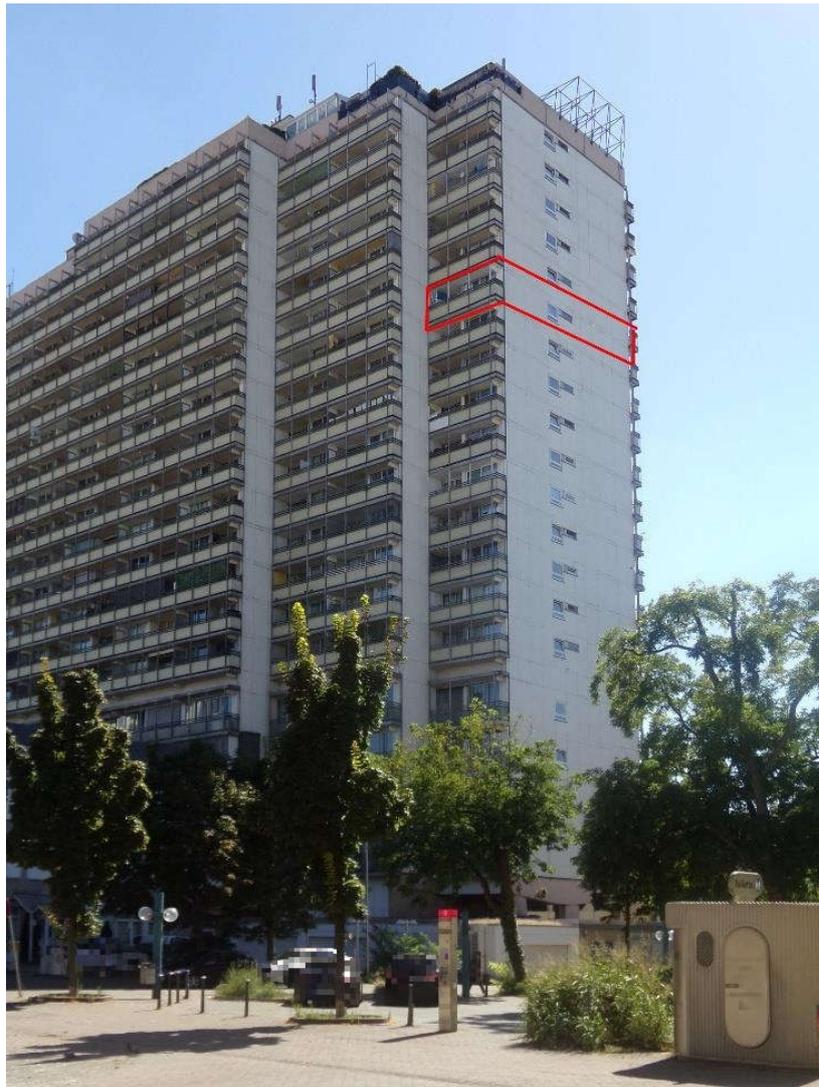




GUTACHTEN

über den Verkehrswert (Marktwert) i. S. d. § 194 Baugesetzbuch

für die **Eigentumswohnung** in dem Mehrfamilienhaus in
67059 Ludwigshafen, Otto-Stabel-Straße 4, im Gutachten näher bezeichnet.
(Zwangsversteigerungsverfahren Amtsgericht Ludwigshafen, Aktenzeichen **3 K 7/24**)



Der **Verkehrswert** für die **Eigentumswohnung** wurde zum Stichtag 29. August 2024 ermittelt mit

126.000,00 €

in Worten: einhundertsechszwanzigtausend Euro

Ausfertigung Nr. 1

Dieses Gutachten besteht aus 35 Seiten inkl. 7 Anlagen mit insgesamt 9 Seiten.
Das Gutachten wurde in zwei Ausfertigungen erstellt, davon eine für meine Unterlagen.



Inhaltsverzeichnis

Nr.	Abschnitt	Seite
1	Allgemeine Angaben	4
1.1	Angaben zum Bewertungsobjekt.....	4
1.2	Angaben zum Auftrag und zur Auftragsabwicklung.....	4
1.3	Sonstige Angaben	5
1.4	Besonderheiten des Auftrags	5
2	Grund- und Bodenbeschreibung	5
2.1	Lage.....	5
2.1.1	Großräumige Lage.....	5
2.1.2	Kleinräumige Lage.....	5
2.1.3	Verkehrsanbindung	6
2.2	Gestalt und Form	6
2.3	Erschließung, Baugrund etc.....	6
2.4	Privatrechtliche Situation	7
2.5	Öffentlich-rechtliche Situation	7
2.5.1	Baulasten und Denkmalschutz	7
2.5.2	Bauordnungsrecht	8
2.5.3	Bauplanungsrecht	8
2.6	Entwicklungszustand inkl. Beitrags- und Abgabensituation	8
2.7	Hinweise zu den durchgeführten Erhebungen.....	8
2.8	Derzeitige Nutzung und Vermietungssituation	8
2.9	Künftige Nutzungsmöglichkeiten	8
3	Beschreibung des Gebäudes und der Außenanlagen.....	9
3.1	Vorbemerkungen	9
3.1.1	Art des Gebäudes, Baujahr und Außenansicht	9
3.1.2	Gebäudekonstruktion (Wände, Decken, Treppen)	9
3.1.3	Besondere Bauteile und besondere Einrichtungen im gemeinschaftlichen Eigentum	10
3.1.4	Nutzungseinheiten, Raumaufteilung	10
3.1.5	Allgemeine technische Gebäudeausstattung	10
3.1.6	Zustand des Gebäudes	10
3.2	Nebengebäude.....	10
3.3	Außenanlagen.....	10
3.4	Beurteilung der Gesamtanlage.....	10
4	Beschreibung des Sondereigentums.....	11
4.1	Beschreibung der Wohnung, Raumaufteilung, weitere Sondereigentume	11
4.2	Allgemeine technische Gebäudeausstattung.....	11
4.3	Raumausstattung und Ausbauzustand	11
4.4	Zustand des Gebäudes	11
4.5	Sondernutzungsrechte	11
4.6	Baumängel/Bauschäden	12
4.7	Besonderheiten	12
5	Ermittlung des Verkehrswerts.....	13
5.1	Grundstücksdaten	13
5.2	Verfahrenswahl mit Begründung	13
5.3	Anteilige Wertigkeit des Wohnungs-/Teileigentums am Gesamtgrundstück	14



5.4	Bodenwertermittlung.....	14
5.4.1	Bodenwertermittlung des Gesamtgrundstücks.....	14
5.4.2	Ermittlung des anteiligen Bodenwerts des Wohnungseigentums.....	15
5.5	Vergleichswertermittlung.....	15
5.5.1	Das Vergleichswertmodell der Immobilienwertermittlungsverordnung.....	15
5.5.2	Erläuterung der bei der Vergleichswertermittlung verwendeten Begriffe	16
5.5.3	Vergleichswert.....	17
5.5.4	Vergleichswert.....	17
5.5.5	Besondere objektspezifische Grundstücksmerkmale.....	17
5.6	Ertragswertermittlung.....	18
5.6.1	Das Ertragswertmodell der Immobilienwertermittlungsverordnung.....	18
5.6.2	Erläuterungen der bei der Ertragswertberechnung verwendeten Begriffe	18
5.6.3	Ertragswertberechnung.....	21
5.6.4	Erläuterungen zu den Wertansätzen in der Ertragswertberechnung.....	21
5.7	Bewertung der Lasten und Beschränkungen in Abteilung II des Grundbuchs	23
5.8	Verkehrswert.....	23
6	Hinweise zum Urheberschutz und zur Haftung.....	25
7	Rechtsgrundlagen, verwendete Literatur und Software	26
7.1	Rechtsgrundlagen der Verkehrswertermittlung.....	26
7.2	Verwendete Wertermittlungsliteratur.....	27
7.3	Verwendete fachspezifische Software	27
8	Karten	28
8.1	Übersichtskarte.....	28
8.2	Detaillkarte	29
8.3	Liegenschaftskarte.....	30
8.4	Bodenrichtwertkarte.....	31
9	Wohnflächenberechnung	32
10	Fotos	33
11	Grundriss	34



1 Allgemeine Angaben

1.1 Angaben zum Bewertungsobjekt

Art des Bewertungsobjektes:	Eigentumswohnung
Baujahr	ca. 1972
Gesamtnutzungsdauer	80
Restnutzungsdauer	28
Bodenwertanteil	12.400,00 €
Relativer Vergleichswert	2.097,37 €/m ²
Vergleichswert	126.000,00 €
Rohhertrag	8.538,60 €
Wohnfläche	74,90 m ²
Liegenschaftszinssatz	1,80 %
Ertragswert	128.000,00 €

1.2 Angaben zum Auftrag und zur Auftragsabwicklung

Auftraggeber	Amtsgericht Ludwigshafen
Beschluss	Gemäß Beschluss vom 9. Juli 2024 ist ein Gutachten über den Verkehrswert zu erstellen.
Grund der Gutachtenerstellung	Verkehrswertermittlung für die Zwangsversteigerung
Wertermittlungstichtag/ Tag der Ortsbesichtigung	29. August 2024
Qualitätstichtag/ Tag der Ortsbesichtigung	29. August 2024
Ortstermin	Am Ortstermin haben der Eigentümer und der Sachverständige teilgenommen.
Herangezogene Unterlagen, Erkundigungen, Informationen	Vom Sachverständigen wurden folgende Auskünfte und Unterlagen beschafft: - aktueller Grundbuchauszug - Grundriss - Planungsrechtliche Auskunft - Flächennutzungsplan - Bebauungsplan - Auszug aus dem Liegenschaftskataster - Bodenrichtwert - Übersichtskarte, detailliert - Stadtplan, detailliert - Mietspiegel Ludwigshafen 2023 - Landesgrundstücksmarktbericht Rheinland-Pfalz - Marktdaten



1.3 Sonstige Angaben

- Das Bewertungsobjekt konnte vollständig besichtigt werden.
- Ein Energieausweis liegt nicht vor.
- Verdacht auf Hausschwamm liegt nicht vor.
- Eine Wohnpreisbindung liegt nicht vor.

1.4 Besonderheiten des Auftrags

Keine.

2 Grund- und Bodenbeschreibung

2.1 Lage

2.1.1 Großräumige Lage

Die kreisfreie Großstadt Ludwigshafen am Rhein befindet sich ca. 59 km südlich der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz. Die Stadt beherbergt rd. 174.000 Einwohner (Stand: 31.12.2022) und ist Teil der Metropolregion Rhein-Neckar. Ludwigshafen ist weiterhin Verwaltungssitz des Rhein-Pfalz-Kreises, übernimmt innerhalb der Planungsregion Rhein-Neckar die Funktion eines Oberzentrums und ist zudem Hochschulstandort. Darüber hinaus mündet der Neckar bei Ludwigshafen in den Rhein.

Das Statistische Bundesamt gibt zum Stichtag 30.06.2023 für Ludwigshafen insgesamt ca. 70.800 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort bzw. rd. 106.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort bei einem Pendlersaldo von 35.003 Personen an. Zum vorgenannten Stichtag wurden 3.452 ortsansässige Betriebe erfasst. Die Wirtschaftsstruktur von Ludwigshafen wird dabei maßgeblich von den Branchenclustern Energie & Umwelt, Chemie & Pharmazie sowie von der Gesundheitswirtschaft geprägt.

Gemäß dem statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz wird für Ludwigshafen bis zum Jahr 2040 ein deutliches Bevölkerungswachstum in Höhe von 7,0 % im Vergleich zum Indexjahr 2020 prognostiziert. Die Arbeitslosenquote beträgt nach der Bundesagentur für Arbeit in Ludwigshafen derzeit 9,6 % (zum Vergleich: Rheinland-Pfalz: 5,4 % und Deutschland: 6,0 %, Stand: Juli 2024). Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlichen aktuell einen Kaufkraftindex von 85,1 Punkten für Ludwigshafen, welcher unter dem bundesweiten Durchschnittsniveau von 100 Punkten liegt.

Im Rahmen der Kommumentypisierung der Bertelsmann Stiftung wird Ludwigshafen als Großstadt bzw. Hochschulstandort mit heterogener sozioökonomischer Dynamik (Demographietyp 7) klassifiziert. Laut der aktuellen Ausgabe des Prognos Zukunftsatlas wird dem Makrostandort ein ausgeglichenes Chancen-/Risikoprofil für die Zukunft attestiert. Hinsichtlich des lokalen Wohnungsmarkts liegt eine angespannte Situation mit stark überdurchschnittlicher Wohnungsbaulücke vor. Im zusammenfassenden Standortranking belegt die Stadt Ludwigshafen den 229. Rang von insgesamt 400 Rängen.

Aufgrund der vorgenannten Faktoren wird die Makrolage insgesamt als gut beurteilt.

2.1.2 Kleinräumige Lage

Das Bewertungsobjekt befindet sich im Stadtzentrum von Ludwigshafen (Stadtteil: 'Mitte') in einem Mischgebiet in der Nähe einer örtlichen Bahntrasse. Die Umgebungsbebauung zeichnet sich entsprechend der Lage in einem Mischgebiet überwiegend durch gemischt genutzte Objekte in teils offener, teils geschlossener Bauweise aus. Der Objektstandort ist von mittleren Lärmimmissionen geprägt, was unter Berücksichtigung der vorliegenden Objektart einen negativen Standortfaktor darstellt. Als Oberzentrum profitiert Ludwigshafen von einer guten Versorgungsinfrastruktur. In einem



Umkreis von ca. 500 m um das Bewertungsobjekt sind neben diversen Lebensmittelmärkten (z.B. 'Aldi', 'Netto', 'Penny') und einem Einkaufszentrum ('Walzmühle') auch zahlreiche Restaurants und Cafés vorhanden. Der periodische Bedarf kann somit in der fußläufig erreichbaren Umgebung gedeckt werden. Weiterhin verfügt Ludwigshafen über alle gängigen Schularten und neben der vollständigen Deckung des aperiodischen Bedarfs ist auch die ärztliche Primärversorgung vor Ort gegeben. Bedingt durch die Nähe zu einem Gewässer ('Rhein') existieren ausreichende Naherholungsmöglichkeiten im Umfeld der Immobilie. Die Parkplatzsituation im öffentlichen Straßenraum ist aufgrund des insgesamt zentralen Standorts leicht angespannt. Das Bewertungsobjekt verfügt außerdem über keine zugehörigen Stellplätze. Gemäß Wohnlagenkarte des iib Instituts wird der Objektstandort als 'einfache Wohnlage' klassifiziert, was auch dem gutachterlichen Eindruck vor Ort entspricht.

Für die vorliegende Nutzung wird die Mikrolage insgesamt als mittel beurteilt.

2.1.3 Verkehrsanbindung

Ludwigshafen ist über die Bundesstraßen B37, B38 und B36 sowie über die Autobahnen A650, A656 und A6 an das Individualverkehrsnetz angeschlossen. Die vom Objektstandort ausgehend nächstgelegene Auffahrt zur vorgenannten Autobahn A650 liegt rd. 2,3 km westlich (Straßenentfernung) bei der Anschlussstelle 'Ludwigshafen-Stadt'. Sowohl die Bushaltestelle 'Schützenstraße' als auch die S-Bahnstation 'Ludwigshafen (Rhein) Mitte' (Stammstrecke) befinden sich jeweils in fußläufiger Entfernung und bieten über die hier verkehrenden Transportmittel weiterführende Verbindungen zum gesamten übrigen Stadtgebiet, welches großräumig erschlossen und damit gut erreichbar ist. Die Distanzen zu den nächstgelegenen überregionalen Verkehrsknotenpunkten des öffentlichen Personenverkehrs betragen ca. 1,5 km zum IC(E)-Bahnhof 'Mannheim Hbf' bzw. rd. 62 km zum internationalen Verkehrsflughafen 'Frankfurt am Main'.

Unter Berücksichtigung der genannten Faktoren liegt somit eine gute Verkehrsinfrastruktur vor.

2.2 Gestalt und Form

Gestalt und Form:

Form:

Das Grundstück ist unförmig.

Straßenfronten:

Otto-Stabel-Straße rd. 80 m

Dammstraße rd. 65 m

Grundstücksgröße:

Fl.St. 581/13 228 m²

Fl.St. 581/19 3.465 m²

Fl.St. 581/23 78 m²

Gesamt 3.771 m²

Bemerkungen:

Das Grundstück ist baulich voll ausgenutzt.

2.3 Erschließung, Baugrund etc.

Straßenart:

Zentrale Ortsstraße

Straßenausbau (Luitpoldstraße):

Voll ausgebaut, Fahrbahn asphaltiert, beidseits der Fahrbahn gibt es Gehwege die mit Betonpflaster befestigt sind. Die Straße ist beleuchtet.



Anschlüsse an Versorgungsleitungen und Abwasserbeseitigung:	Anschlüsse für Strom, Telefon, Kabel, Wasser und Gas sind vorhanden. Ein Kanalanschluß ist ebenfalls vorhanden.
Grenzverhältnisse, nachbarliche Gemeinsamkeiten:	Hochhauskomplex bestehend aus zwei Gebäudeteilen, an der Nordostseite ist ein dreistöckiges Bürogebäude angebaut.
Baugrund, Grundwasser (soweit augenscheinlich ersichtlich):	In dieser Wertermittlung wird von einer lageüblichen Baugrund- und Grundwasserssituation (gewachsener, normal tragfähiger Baugrund) ausgegangen, wie sie in die Bodenrichtwerte bzw. Vergleichspreise eingeflossen ist. Darüberhinausgehende, vertiefende Untersuchungen wurden nicht angestellt.
Anmerkung:	In dieser Wertermittlung wird das Gutachtenobjekt als altlastenfrei unterstellt. Diesbezügliche Besonderheiten sind gegebenenfalls zusätzlich zu dieser Wertermittlung zu berücksichtigen.

2.4 Privatrechtliche Situation

grundbuchlich gesicherte Belastungen:	Es liegt ein Grundbuchauszug vom 16. Februar 2024 vor. In der <u>Abteilung II</u> gibt es folgende Eintragungen: <ol style="list-style-type: none">1) Gehrecht für die Stadt Ludwigshafen2) Transformatorenstations-, Gasstations-, Versorgungsleitungen-, Betretungs- und Fahrrecht für die Technischen Werke Ludwigshafen3) gestrichen4) gestrichen5) Sanierungsverfahren wird durchgeführt, eingetragen am 15.03.20236) Zwangsversteigerungsvermerk, eingetragen am 16.02.2024 In der <u>Abteilung III</u> vorhandene Eintragungen sind für die Wertermittlung ohne Bedeutung. In diesem Gutachten wird davon ausgegangen, dass gegebenenfalls valutierende Schulden verrechnet werden.
Anmerkung:	Sonstige nicht eingetragene Lasten und Rechte wurden im Zuge der Gutachtenerstellung nicht bekannt. Diesbezügliche Besonderheiten sind gegebenenfalls zusätzlich zu dieser Wertermittlung zu berücksichtigen.

Bodenordnungsverfahren: Keine bekannt.

2.5 Öffentlich-rechtliche Situation

2.5.1 Baulasten und Denkmalschutz

Eintragungen im Baulastenverzeichnis:	Keine.
Denkmalschutz:	liegt nicht vor.



2.5.2 Bauordnungsrecht

Die Wertermittlung wurde auf der Grundlage des realisierten Vorhabens durchgeführt. Das Vorliegen einer Baugenehmigung und ggf. die Übereinstimmung des Vorhabens mit den vorgelegten Bauzeichnungen, der Baugenehmigung, dem Bauordnungsrecht, der verbindlichen Bauleitplanung wurde nicht geprüft. Bei dieser Wertermittlung wird deshalb die materielle Legalität der baulichen Anlagen und Nutzungen vorausgesetzt.

2.5.3 Bauplanungsrecht

Darstellungen im Flächennutzungsplan: Mischgebiet

Festsetzungen im Bebauungsplan: Das Objekt liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans 596 „Südliche City“. Die einzige Festsetzung ist der Ausschluss von Vergnügungsstätten, ansonsten ist die Zulässigkeit von Vorhaben nach § 34 BauGB zu beurteilen.

2.6 Entwicklungszustand inkl. Beitrags- und Abgabensituation

Entwicklungszustand (Grundstücksqualität): Baureifes Land

Abgabenrechtlicher Zustand: erschließungsbeitragsfrei

2.7 Hinweise zu den durchgeführten Erhebungen

Die Informationen zur privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Situation wurden, sofern nicht anders angegeben, (fern)mündlich oder von Internetportalen eingeholt. Es wird empfohlen vor einer vermögensmäßigen Disposition bezüglich des Bewertungsobjektes zu diesen Angaben von der jeweils zuständigen Stelle schriftliche Bestätigungen einzuholen.

2.8 Derzeitige Nutzung und Vermietungssituation

Wohnung, zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung vom Eigentümer selbst genutzt.

2.9 Künftige Nutzungsmöglichkeiten

Unverändert als Wohnung.



3 Beschreibung des Gebäudes und der Außenanlagen

3.1 Vorbemerkungen

Grundlage für die Gebäudebeschreibung sind die Erhebungen im Rahmen der Ortsbesichtigung sowie die vorliegenden Bauakten und Beschreibungen. Die Gebäude und Außenanlagen werden (nur) insoweit beschrieben, wie es für die Nachvollziehbarkeit der Daten in der Wertermittlung notwendig ist. Hierbei werden die offensichtlichen und vorherrschenden Ausführungen und Ausstattungen aufgeführt. In einzelnen Bereichen können Abweichungen auftreten, die dann allerdings nicht werterheblich sind. Angaben über nicht sichtbare Bauteile beruhen auf Angaben aus den vorliegenden Unterlagen bzw. Annahmen auf Grundlage der üblichen Ausführung im Baujahr. Die Funktionsfähigkeit einzelner Bauteile und Anlagen sowie der technischen Ausstattungen / Installationen (Heizung, Elektro, Wasser etc.) wurde nicht geprüft, im Gutachten wird die Funktionsfähigkeit unterstellt.

Baumängel und -schäden wurden soweit aufgenommen, wie sie zerstörungsfrei, d. h. offensichtlich erkennbar waren. In diesem Gutachten sind die Auswirkungen der ggf. vorhandenen Bauschäden und Baumängel auf den Verkehrswert nur pauschal berücksichtigt worden. Es wird ggf. empfohlen, eine diesbezüglich vertiefende Untersuchung anstellen zu lassen. Untersuchungen auf pflanzliche und tierische Schädlinge sowie über gesundheitsschädigende Baumaterialien wurden nicht durchgeführt.

3.1.1 Art des Gebäudes, Baujahr und Außenansicht

Art des Gebäudes	Hochhaus mit 275 Wohnungen, 25 gewerbliche genutzten Teileigentumen und einer Tiefgarage
Baujahr	1972
Wertrelevante Modernisierungen	Innenausbau
Erweiterungsmöglichkeiten	keine
Außenansicht	Das Gebäude ist in hellen Brauntönen gestrichen und teilweise mit grauen Fassadenabdeckungen verkleidet.

3.1.2 Gebäudekonstruktion (Wände, Decken, Treppen)

Konstruktionsart	Massivbauweise
Fundamente	Betonfundamente
Erdberührende Wände	Stahlbeton
Umfassungswände	Stahlbeton/Mauerwerk
Innenwände	Mauerwerk
Geschossdecken	Stahlbetondecken
Eingang	Silberne Metalleingangstüren mit großem Glaseinsatz und Oberlicht
Treppen	Betontreppen
Dachform	Flachdach
Dacheindeckung	Bitumenbahnen
Entwässerung	Nach innen geführt
Kamine	keine



3.1.3 Besondere Bauteile und besondere Einrichtungen im gemeinschaftlichen Eigentum

Besondere Bauteile:	Tiefgarage, überbauter Eingangsbereich (außen), Eingangsbereich mit Briefkastenanlage (innen)
Besondere Einrichtungen:	Mehrere Aufzüge

3.1.4 Nutzungseinheiten, Raumaufteilung

Kellergeschoss	Abstellräume Technikraum, Tiefgarage
Erdgeschoss	Ladengeschäfte
Obergeschosse	Gewerbeflächen (1. bis 4. OG) und Wohnungen

3.1.5 Allgemeine technische Gebäudeausstattung

Elektroinstallation	baujahrestypisch
Heizung	Fernwärme
Warmwasser	über die Heizung

3.1.6 Zustand des Gebäudes

Besonnung/Belichtung:	ausreichend
Ausstattungsstandard	mittel
Baumängel/Bauschäden	Wesentliche Baumängel resultieren aus behördlichen Auflagen, der Herstellung eines ordnungsgemäßen Brandschutzes, Erneuerung der Elektroversorgung und Arbeiten an der Trinkwasserversorgung.
wirtschaftliche Wertminderung	Alterswertminderung und Baumängel
Allgemeinbeurteilung des Gebäudes	Der allgemeine Zustand entspricht dem Gebäudealter. Die in den kommenden Jahren erforderlichen Sanierungsmaßnahmen wurden bewertet. Das Volumen übersteigt die Instandhaltungsrücklage um ein Vielfaches.

3.2 Nebengebäude

Keine.

3.3 Außenanlagen

- Versorgungsanlagen vom Hausanschluss bis zum öffentlichen Netz
- Hofbefestigung und Grünanlage
- Zufahrt Tiefgarage

3.4 Beurteilung der Gesamtanlage

Das Grundstück und die äußere Ansicht machen einen ordentlichen Eindruck.



4 Beschreibung des Sondereigentums

4.1 Beschreibung der Wohnung, Raumaufteilung, weitere Sondereigentume

Lage der Wohnung im Gebäude/Orientierung: 14. Obergeschoss, nach Nordosten und Südwesten ausgerichtet, am westlichen Ende des Gebäudes

Wohnfläche und Raumaufteilung: 74,90 m², 3 ZKB 2 Loggien

4.2 Allgemeine technische Gebäudeausstattung

Elektroinstallation In allen Räumen sind ausreichend Steckdosen und Lichtauslässe vorhanden. Teilweise Deckeneinbauspots.

Heizung Fernwärme

Warmwasserversorgung über Heizung

Sanitäre Installation Das Bad verfügt über Badewanne, WC und Handwaschbecken. Es gibt einen Waschmaschinenanschluss im Bad.

4.3 Raumausstattung und Ausbauzustand

Fußböden Küche, Flur und Essecke sind mit hochwertigen, hellen Steinfliesen versehen. Im Bad sind hellbeige Fliesen verlegt. Im Elternschlafzimmer und Wohnzimmer gibt es Laminat in Holzdekor und in Kinderzimmer einen Spiel-Teppichboden.

Innenwände/Decken mit Raufaser tapeziert und weiß gestrichen. Flur und Wohnzimmer sind mit einem Glattputz versehen und weiß gestrichen. Im Wohnzimmer ist eine Wand mit dunklen Steinmosaikfliesen versehen. Im Flur ist eine Wand dunkelgraugestrichen und mit Sandfarbe („silver sand“) veredelt. Im Kinderzimmer ist eine Wand mit bunten Streifen versehen.

Das Bad ist raumhoch hell gefliest und mit einer umlaufenden Bordüre versehen

Fenster weiße Kunststofffenster mit 2-Scheiben-Wärmedämm-Verglasung

Hauseingangstür Neuwertige helle Sicherheitstür mit Türspion

Innentüren glatte weiße Füllungstüren mit passenden Zargen

4.4 Zustand des Gebäudes

Besonnung/Belichtung: in allen Räumen gut

Ausstattungsstandard mittel

Wirtschaftliche Wertminderung Alterswertminderung

4.5 Sondernutzungsrechte

Sondernutzungsrechte (besondere Gebrauchsregelungen für Teile des Grundstücks oder des Gebäudes): Keine.

wesentliche Abweichungen zwischen dem **Miteigentumsanteil am gemeinschaftlichen Eigentum** und der relativen Wertigkeit des zu bewertenden Wohnungseigentums am Gesamtobjekt: Keine wesentliche Abweichung



vorhandene ungewöhnlich hohe oder niedrige
Instandhaltungsrücklage:

**Die Erhaltungsrücklage betrug zuletzt
(31.12.2022) 1.039.795,90 €. In Anbetracht
der anstehenden Sanierungsmaßnahmen
ist diese deutlich zu niedrig.**

4.6 Baumängel/Bauschäden

Im Protokoll der Eigentümerversammlung vom 5. September 2023 wurden anstehende Sanierungsmaßnahmen aufgelistet. Demnach sind mit **Priorität 1** folgende Maßnahmen erforderlich:

- Herstellen baulicher Brandschutz gem. Feststellungen der Gefahrenverhütungsschauen
- Klären bzw., Herstellen der notwendigen Löschwasserversorgung
- Trennung Trink- / Löschwasser
- Fluchtwege gem. Brandschutzkonzept herstellen
- Legalisierung oder Rückbau ungenehmigter baulicher Veränderungen
- Brandschutztüren gem. Brandschutzkonzept herstellen
- Aufzug als Feuerwehraufzug einrichten
- Erneuerung der Ver- und Entsorgungsleitungen im Zwischengeschoss u. UG
- Ertüchtigung Sprinkleranlage
- Erneuerung CO-Warnanlage
- Erneuerung Brandmeldetechnik / Brandmeldeanlage
- Erneuerung Lüftungsanlagen
- Herstellung Entrauchungsanlagen im Keller

Mit **Priorität 2** stehen folgende Maßnahmen an:

- Erneuerung der Elektrohauptversorgung
- Ertüchtigung der Sicherheitsbeleuchtung *)
- Ertüchtigung der Notstromversorgung *)
- Erneuerung der Druckerhöhungsanlage
- Arbeit an den Trinkwasserversorgungsleitungen (Legionellen)
- Sanierung der Versorgungsschächte

4.7 Besonderheiten

Laut dem Protokoll der Eigentümerversammlung belaufen sich die Kosten für die Umsetzung der Maßnahmen mit Priorität 1 auf geschätzt 3.780.000,00 €, für die Umsetzung der Maßnahmen mit Priorität 2 sind weitere 7.890.000,00 € erforderlich.

Setzt man diese Aufwendungen in Relation zu der vorhandenen Instandhaltungsrücklage sowie den in der Vergangenheit getätigten jährlichen Zuführung von zuletzt 170.000,00€/Jahr (Wirtschaftsplan 2024) ist klar, dass es nicht möglich ist, diese Sanierungsmaßnahmen aus der Rücklage oder aus einer Sonderumlage zu finanzieren.

Wörtlich heißt es zur Finanzierung: „Der finanzielle Aufwand aller Maßnahmen wird über den vorhandenen Eigenkapitalmitteln der Gemeinschaft liegen, so dass parallel dazu eine Fremdfinanzierung durch Aufnahme von Darlehen notwendig sein wird.“ Und „Neben den Finanzaufwendungen für die Maßnahmen selbst werden auch die durch die Veränderung am Geldmarkt gestiegenen Zinsaufwendungen in naher Zukunft zu einer deutlichen Erhöhung der Hausgelder führen.“

Genau wie eine Instandhaltungsrücklage in Fall der Eigentumsübertragung auf den Erwerber übergeht, geht auch die Darlehensverbindlichkeit auf einen Erwerber über. Die anstehenden Aufwendungen müssen daher vom unbelasteten Verkehrswert abgezogen werden.



5 Ermittlung des Verkehrswerts

5.1 Grundstücksdaten

Nachfolgend wird der Verkehrswert für den 398/100.000 Miteigentumsanteil an dem mit einem Wohn- und Geschäftshaus bebauten Grundstück in 67059 Ludwigshafen, Otto-Stabel-Straße 4, verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. II 14/3 zum Wertermittlungsstichtag 29. August 2024 ermittelt:

Grundbuch- und Katasterangaben des Bewertungsobjekts:

Grundbuch	Blatt	lfd. Nr.
Ludwigshafen	5470	1
Gemarkung	Flurstück	Fläche
Ludwigshafen	581/13	228 m ²
Ludwigshafen	581/19	3.465 m ²
Ludwigshafen	581/23	78 m ²
Fläche gesamt:		3.771 m²

5.2 Verfahrenswahl mit Begründung

Wohnungs- oder Teileigentum kann mittels Vergleichswertverfahren bewertet werden. Hierzu benötigt man geeignete Kaufpreise für Zweitverkäufe von gleichen oder vergleichbaren Wohnungs- oder Teileigentumen oder die Ergebnisse von diesbezüglichen Kaufpreisauswertungen.

Bewertungsverfahren, die direkt mit Vergleichskaufpreisen durchgeführt werden, werden als „Vergleichskaufpreisverfahren“ bezeichnet. Werden die Vergleichskaufpreise zunächst auf eine geeignete Bezugseinheit (bei Wohnungseigentum z. B. auf €/m² Wohnfläche) bezogen und die Wertermittlung dann auf der Grundlage dieser Kaufpreisauswertung durchgeführt, werden diese Methoden „Vergleichsfaktorverfahren“ genannt (vgl. § 20 ImmoWertV 21). Die Vergleichskaufpreise bzw. die Vergleichsfaktoren sind dann durch Zu- oder Abschläge an die wert-(und preis) bestimmenden Faktoren des zu bewertenden Wohnungs- oder Teileigentums anzupassen (§§ 25 und 26 ImmoWertV 21). Unterstützend oder auch alleine (z. B. wenn nur eine geringe Anzahl oder keine geeigneten Vergleichskaufpreise oder Vergleichsfaktoren bekannt sind) können zur Bewertung von Wohnungs- oder Teileigentum auch das Ertrags- und/oder Sachwertverfahren herangezogen werden.

Die Anwendung des Ertragswertverfahrens ist sowohl für Wohnungseigentum (Wohnungen) als auch für Teileigentum (Läden, Büros u. ä.) immer dann geraten, wenn die ortsüblichen Mieten zutreffend durch Vergleich mit gleichartigen vermieteten Räumen ermittelt werden können und der objektspezifisch angepasste Liegenschaftszinssatz bestimmbar ist.

Eine Sachwertermittlung sollte insbesondere dann angewendet werden, wenn zwischen den einzelnen Wohnungs- oder Teileigentumen in derselben Eigentumsanlage keine wesentlichen Wertunterschiede (bezogen auf die Flächeneinheit m² Wohn- oder Nutzfläche) bestehen, wenn der zugehörige anteilige Bodenwert sachgemäß geschätzt werden kann und der objektspezifisch angepasste Sachwertfaktor (Marktanpassungsfaktor) bestimmbar ist.

Sind Vergleichskaufpreise nicht bekannt, so können zur Erkundung des Grundstücksmarkts (bedingt) auch Verkaufsangebote für Wohnungs- oder Teileigentume herangezogen werden.

Die Kaufpreisforderungen liegen nach einer Untersuchung von Sprengnetter/Kurpjuhn und Streich) je nach Verkäuflichkeit (bzw. Marktgängigkeit) zwischen 10 % und 20 % über den später tatsächlich realisierten Verkaufspreisen. Dies hängt jedoch stark von der örtlichen und überörtlichen Marktsituation (Angebot und Nachfrage) ab.



5.3 Anteilige Wertigkeit des Wohnungs-/Teileigentums am Gesamtgrundstück

Der dem Wohnungs-/Teileigentum zugeordnete Miteigentumsanteil am gemeinschaftlichen Eigentum (ME) entspricht in etwa der anteiligen Wertigkeit des Wohnungs- / Teileigentums am Gesamtgrundstück.

5.4 Bodenwertermittlung

Bodenrichtwert mit Definition des Bodenrichtwertgrundstücks

Der **Bodenrichtwert** beträgt **825,00 €/m²** zum **Stichtag 01.01.2024**.

Art der baulichen Nutzung	=	MK (Wohnen Allgemein)
abgabenrechtlicher Zustand	=	frei
Bauweise	=	geschlossen

Beschreibung des Gesamtgrundstücks

Wertermittlungsstichtag	=	29. August 2024
Entwicklungszustand	=	baureifes Land
Art der baulichen Nutzung	=	Wohnen
abgabenrechtlicher Zustand	=	frei

5.4.1 Bodenwertermittlung des Gesamtgrundstücks

Nachfolgend wird der Bodenrichtwert an die allgemeinen Wertverhältnisse zum Wertermittlungsstichtag 29. August 2024 und die wertbeeinflussenden Grundstücksmerkmale des Gesamtgrundstücks angepasst.

I. Umrechnung des Bodenrichtwerts auf den abgabenfreien Zustand			Erläuterung
abgabenrechtlicher Zustand des Bodenrichtwerts	=	frei	
abgabenfreier Bodenrichtwert	=	825,00 €/m²	

II. Zeitliche Anpassung des Bodenrichtwerts				
	Richtwertgrundstück	Bewertungsgrundstück	Anpassungsfaktor	Erläuterung
Stichtag	01.01.2024	29.08.2024	× 1,00	

III. Anpassungen wegen Abweichungen in den wertbeeinflussenden Grundstücksmerkmalen				
lageangepasster abgabenfreier BRW am Wertermittlungsstichtag	=	825,00 €/m ²		
Fläche (m ²)	× 1,00	3.771 m ²	× 1,00	
Art der baulichen Nutzung	= 825,00 €/m ²	Wohnen/Gewerbe	× 1,00	
angepasster abgabenfreier relativer Bodenrichtwert	–	0,00 €/m ²		
Werteinfluss durch beim Bewertungsobjekt noch ausstehende Abgaben	=	825,00 €/m²		
abgabenfreier relativer Bodenwert	=	825,00 €/m²		

IV. Ermittlung des Gesamtbodenwerts			Erläuterung
abgabenfreier relativer Bodenwert	=	825,00 €/m²	
Fläche	×	3.771,00 m ²	
abgabenfreier Bodenwert	=	3.111.075,00 € rd. 3.111.075,00 €	

Der **abgabenfreie Bodenwert** beträgt zum Wertermittlungsstichtag 29.08.2024 insgesamt **3.111.075,00 €**.



5.4.2 Ermittlung des anteiligen Bodenwerts des Wohnungseigentums

Der anteilige Bodenwert wird entsprechend dem zugehörigen Miteigentumsanteil (ME = 398/100.000) des zu bewertenden Wohnungseigentums ermittelt. Dieser Miteigentumsanteil entspricht in etwa der anteiligen Wertigkeit des zu bewertenden Wohnungseigentums am Gesamtobjekt (RE); deshalb kann dieser Bodenwertanteil für die Ertrags- und Sachwertermittlung angehalten werden.

Ermittlung des anteiligen Bodenwerts		Erläuterung
Gesamtbodenwert	3.111.075,00 €	
Zu-/ Abschläge aufgrund bestehender Sondernutzungsrechte	0,00 €	
angepasster Gesamtbodenwert	3.111.075,00 €	
Miteigentumsanteil (ME)	× 398/100.000	
vorläufiger anteiliger Bodenwert	12.382,08 €	
Zu-/Abschläge aufgrund bestehender Sondernutzungsrechte	0,00 €	
anteiliger Bodenwert	= 12.382,08 € rd. 12.500,00 €	

Der **anteilige Bodenwert** beträgt zum Wertermittlungsstichtag 29. August 2024 **12.400,00 €**.

5.5 Vergleichswertermittlung

5.5.1 Das Vergleichswertmodell der Immobilienwertermittlungsverordnung

Das Modell für die Ermittlung des Vergleichswerts ist in den §§ 24 – 26 ImmoWertV 21 beschrieben.

Bei Anwendung des Vergleichswertverfahrens sind gem. § 25 ImmoWertV 21 Vergleichspreise solcher Grundstücke heranzuziehen, die hinsichtlich der ihren Wert beeinflussenden Merkmale mit dem zu bewertenden Grundstück hinreichend übereinstimmen (Vergleichsgrundstücke). Finden sich in dem Gebiet, in dem das Grundstück gelegen ist, nicht genügend Kaufpreise, können auch Vergleichsgrundstücke aus vergleichbaren Gebieten herangezogen werden.

Weichen die wertbeeinflussenden Merkmale der Vergleichsgrundstücke oder der Grundstücke, für die Vergleichsfaktoren bebauter Grundstücke abgeleitet worden sind, vom Zustand des zu bewertenden Grundstücks ab, so ist dies nach Maßgabe des § 9 Abs. 1 Sätze 2 und 3 ImmoWertV 21 durch Zu- oder Abschläge oder in anderer geeigneter Weise zu berücksichtigen. Dies gilt auch, soweit die den Preisen von Vergleichsgrundstücken zu Grunde liegenden allgemeinen Wertverhältnisse von denjenigen am Wertermittlungsstichtag abweichen. Dabei sollen vorhandene Indexreihen (vgl. § 18 ImmoWertV 21) und Umrechnungskoeffizienten (vgl. § 19 ImmoWertV 21) herangezogen werden.

Bei bebauten Grundstücken können neben oder anstelle von Vergleichspreisen insbesondere Vergleichsfaktoren herangezogen werden. Zur Ermittlung von Vergleichsfaktoren für bebaute Grundstücke sind die Vergleichspreise gleichartiger Grundstücke heranzuziehen. Gleichartige Grundstücke sind solche, die insbesondere nach Lage und Art und Maß der baulichen Nutzung sowie Größe und Alter der baulichen Anlagen vergleichbar sind. Diese Vergleichspreise können insbesondere auf eine Flächeneinheit des Gebäudes bezogen werden. Der Vergleichswert ergibt sich durch Multiplikation der Bezugseinheit des zu bewertenden Grundstücks mit dem nach § 20 ImmoWertV 21 ermittelten Vergleichsfaktor; Zu- oder Abschläge nach § 9 Abs. 1 Sätze 2 und 3 ImmoWertV 21 sind dabei zu berücksichtigen.

In den nachfolgenden Begriffserklärungen werden die Besonderheiten des Vergleichswertverfahrens für die Bewertung von Wohnungs-/Teileigentum beschrieben.



5.5.2 Erläuterung der bei der Vergleichswertermittlung verwendeten Begriffe

Richtwert

Richtwerte (Vergleichsfaktoren) für Wohnungs- oder Teileigentume sind durchschnittliche, auf eine geeignete Bezugseinheit bezogene Werte für Wohnungs- oder Teileigentume mit bestimmten wertbeeinflussenden Grundstücksmerkmalen. Diese Richtwerte können der Ermittlung des Vergleichswerts zugrunde gelegt werden (vgl. § 24 Abs. 1 ImmoWertV 21). Ein gemäß § 20 ImmoWertV 21 für die Wertermittlung geeigneter Richtwert für Wohnungs- oder Teileigentume muss jedoch hinsichtlich der seinen Wert wesentlich beeinflussenden Zustandsmerkmale hinreichend bestimmt sein.

Mehrere Vergleiche

Für die Vergleichswertermittlung können gem. § 25 ImmoWertV 21 neben Richtwerten (i. d. R. absolute) geeignete Vergleichspreise für Wohnungs- oder Teileigentum herangezogen werden. Für die Vergleichswertermittlung wird ein Vergleichspreis als relativer Vergleichspreis (pro m² WF/NF) an die allgemeinen Wertverhältnisse und die wertbeeinflussenden Zustandsmerkmale des Bewertungsobjekts angepasst. Der sich aus den angepassten, (ggf. gewichtet) gemittelten Vergleichspreisen und/oder Richtwerten ergebende vorläufige relative Vergleichswert wird der Ermittlung des Vergleichswerts des Wohnungs- oder Teileigentums zu Grunde gelegt.

Erfahrungswert

Wird kein geeigneter Richtwert für Wohnungs- oder Teileigentum veröffentlicht und liegen keine Vergleichspreise für Wohnungs- oder Teileigentum vor, so kann die Vergleichswertermittlung hilfsweise auf der Basis eines Erfahrungswerts für mit dem Bewertungsobjekt vergleichbares Wohnungs- oder Teileigentum durchgeführt werden. Der Erfahrungswert wird als marktüblicher „Durchschnittswert aus Erfahrungswissen des Sachverständigen“ der Vergleichswertermittlung zu Grunde gelegt.

Zu-/Abschläge

Hier werden Zu-/Abschläge zum vorläufigen (gewichtet gemittelten) relativen Vergleichswert des Wohnungs- oder Teileigentums berücksichtigt. Diese liegen insbesondere in einer ggf. vorhandenen abweichenden Zuordnung von Sondernutzungsrechten beim Bewertungsobjekt und der dem vorläufigen (rel.) Vergleichswert zu Grunde liegenden Vergleichsobjekte begründet.

Marktanpassung

Ist durch die Ableitung des vorläufigen bereinigten Vergleichswerts auf der Basis von marktkonformen Vergleichspreisen, eines Richtwerts und/oder eines Erfahrungswerts die Lage (das Kaufpreisniveau) auf dem Grundstücksmarkt für Wohnungs- und Teileigentum am Wertermittlungstichtag bereits hinreichend berücksichtigt, ist eine zusätzliche Marktanpassung nicht erforderlich. Sind jedoch beispielsweise (kurzfristige) Marktveränderungen eingetreten, die in die Bewertungsansätze (insb. Vergleichspreise, Richtwert, Erfahrungswert) noch nicht eingeflossen sind, sind diese durch eine sachgemäße Marktanpassung nach Maßgabe des § 7 Abs. 2 ImmoWertV 21 zu berücksichtigen.

Besondere objektspezifische Grundstücksmerkmale

Hier werden die wertmäßigen Auswirkungen der nicht in den Wertermittlungsansätzen des Vergleichswertverfahrens bereits berücksichtigten Besonderheiten des Objekts korrigierend berücksichtigt.



5.5.3 Vergleichswert

Der nachfolgende relative Vergleichswert wurde auf der Basis von 13 Vergleichskaufpreisen aus der Kaufpreissammlung ermittelt. Aus Gründen der Anonymisierung wird die Ermittlung nicht veröffentlicht.

5.5.4 Vergleichswert

Ermittlung des Vergleichswerts		Erläuterung
vorläufiger gewichtet gemittelter relativer Vergleichswert	2.097,37 €/m ²	
Zu-/Abschläge relativ	0,00 €/m ²	
vorläufiger bereinigter relativer Vergleichswert	= 2.097,37 €/m ²	
Wohnfläche	× 74,90 m ²	
vorläufiger Vergleichswert	= 157.093,01 €	
Zu-/Abschläge absolut	0,00 €	
vorläufiger bereinigter Vergleichswert	= 157.093,01 €	
Marktanpassungsfaktor	× 1,00	
vorläufiger marktangepasster Vergleichswert	= 157.093,01€	
besondere objektspezifischen Grundstücksmerkmale	- 30.745,50 €	
Vergleichswert	= 126.347,51 € rd. 126.000,00 €	

Der **Vergleichswert** wurde zum Wertermittlungsstichtag 29.08.2024 mit rd. **126.000,00 €** ermittelt.

5.5.5 Besondere objektspezifische Grundstücksmerkmale

Hier werden die wertmäßigen Auswirkungen der nicht in den Wertermittlungsansätzen des Vergleichswertverfahrens bereits berücksichtigten Besonderheiten des Objekts insoweit korrigierend berücksichtigt, wie sie offensichtlich waren oder vom Auftraggeber, Eigentümer etc. mitgeteilt worden sind.

besondere objektspezifische Grundstücksmerkmale		
Beschreibung	Wertbeeinflussung	
	insgesamt	bezogen auf MEA
Sanierungsmaßnahmen Priorität 1	3.780.000,00 €	15.044,40 €
Sanierungsmaßnahmen Priorität 2, 50%	3.945.000,00 €	15.701,10 €
Gesamt		30.745,50 €

Die Sanierungsmaßnahmen mit Priorität 2 werden erst mittelfristig realisiert. Alle Kostenpositionen wurden bisher nur geschätzt. Die vorhandene Instandhaltungsrücklage kann teilweise für die Sanierungsmaßnahmen verwendet werden, auch die jährlichen Zuführungen in den kommenden Jahren. Daher ist es geboten, die geschätzten Aufwendungen nur gedämpft bei der Verkehrswertermittlung zu berücksichtigen.

Vgl. Ausführungen unter 4.6 und 4.7.



5.6 Ertragswertermittlung

5.6.1 Das Ertragswertmodell der Immobilienwertermittlungsverordnung

Das Modell für die Ermittlung des Ertragswerts ist in den §§ 27 – 34 ImmoWertV 21 beschrieben.

Die Ermittlung des Ertragswerts basiert auf den marktüblich erzielbaren jährlichen Erträgen (insbesondere Mieten und Pachten) aus dem Grundstück. Die Summe aller Erträge wird als **Rohertrag** bezeichnet. Maßgeblich für den vorläufigen (Ertrags)Wert des Grundstücks ist jedoch der **Reinertrag**. Der Reinertrag ermittelt sich als Rohertrag abzüglich der Aufwendungen, die der Eigentümer für die Bewirtschaftung einschließlich Erhaltung des Grundstücks aufwenden muss (**Bewirtschaftungskosten**). Das Ertragswertverfahren fußt auf der Überlegung, dass der dem Grundstückseigentümer verbleibende Reinertrag aus dem Grundstück die Verzinsung des Grundstückswerts (bzw. des dafür gezahlten Kaufpreises) darstellt. Deshalb wird der Ertragswert als **Rentenbarwert** durch Kapitalisierung des Reinertrags bestimmt.

Hierbei ist zu beachten, dass der Reinertrag für ein bebautes Grundstück sowohl die Verzinsung für den Grund und Boden als auch für die auf dem Grundstück vorhandenen baulichen (insbesondere Gebäude) und sonstigen Anlagen (z. B. Anpflanzungen) darstellt. Der Grund und Boden gilt grundsätzlich als unvergänglich (bzw. unzerstörbar). Dagegen ist die (wirtschaftliche) **Restnutzungsdauer** der baulichen und sonstigen Anlagen zeitlich begrenzt.

Der **Bodenwert** ist getrennt vom Wert der Gebäude und Außenanlagen i. d. R. im Vergleichswertverfahren (vgl. § 40 Abs. 1 ImmoWertV 21) grundsätzlich so zu ermitteln, wie er sich ergeben würde, wenn das Grundstück unbebaut wäre.

Der auf den Bodenwert entfallende Reinertragsanteil wird durch Multiplikation des Bodenwerts mit dem **Liegenschaftszinssatz** bestimmt. (Der Bodenertragsanteil stellt somit die ewige Rentenrate des Bodenwerts dar.)

Der auf die baulichen Anlagen entfallende Reinertragsanteil ergibt sich als Differenz „(Gesamt)Reinertrag des Grundstücks“ abzüglich „Reinertragsanteil des Grund und Bodens“.

Der vorläufige **Ertragswert der baulichen Anlagen** wird durch Kapitalisierung (d. h. Zeitrentenbarwertberechnung) des (Rein)Ertragsanteils der baulichen und sonstigen Anlagen unter Verwendung des Liegenschaftszinssatzes und der Restnutzungsdauer ermittelt.

Der vorläufige Ertragswert setzt sich aus der Summe von „Bodenwert“ und „vorläufigem Ertragswert der baulichen Anlagen“ zusammen.

Ggf. bestehende **besondere objektspezifische Grundstücksmerkmale**, die bei der Ermittlung des vorläufigen Ertragswerts nicht berücksichtigt wurden, sind bei der Ableitung des Ertragswerts aus dem vorläufigen Ertragswert sachgemäß zu berücksichtigen.

Das **Ertragswertverfahren** stellt insbesondere durch Verwendung des aus Kaufpreisen abgeleiteten Liegenschaftszinssatzes **einen Kaufpreisvergleich** im Wesentlichen auf der Grundlage des marktüblich erzielbaren Grundstücksreinertrages dar.

5.6.2 Erläuterungen der bei der Ertragswertberechnung verwendeten Begriffe

Rohertrag (§ 31 Abs. 2 ImmoWertV 21)

Der Rohertrag umfasst alle bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung und zulässiger Nutzung marktüblich erzielbaren Erträge aus dem Grundstück. Bei der Ermittlung des Rohertrags ist von den üblichen (nachhaltig gesicherten) Einnahmemöglichkeiten des Grundstücks (insbesondere der Gebäude) auszugehen. Als marktüblich erzielbare Erträge können auch die tatsächlichen Erträge zugrunde gelegt werden, wenn diese marktüblich sind.

Weicht die tatsächliche Nutzung von Grundstücken oder Grundstücksteilen von den üblichen, nachhaltig gesicherten Nutzungsmöglichkeiten ab und/oder werden für die tatsächliche Nutzung von Grundstücken oder Grundstücksteilen vom Üblichen abweichende Entgelte erzielt, sind für die Ermittlung des Rohertrags zunächst die für eine übliche Nutzung marktüblich erzielbaren Erträge zugrunde zu legen.



Bewirtschaftungskosten (§ 32 ImmoWertV 21)

Die Bewirtschaftungskosten sind marktüblich entstehende Aufwendungen, die für eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung und zulässige Nutzung des Grundstücks (insbesondere der Gebäude) laufend erforderlich sind. Die Bewirtschaftungskosten umfassen die Verwaltungskosten, die Instandhaltungskosten, das Mietausfallwagnis und die Betriebskosten.

Unter dem Mietausfallwagnis ist insbesondere das Risiko einer Ertragsminderung zu verstehen, die durch uneinbringliche Rückstände von Mieten, Pachten und sonstigen Einnahmen oder durch vorübergehenden Leerstand von Raum, der zur Vermietung, Verpachtung oder sonstigen Nutzung bestimmt ist, entsteht. Es umfasst auch das Risiko von uneinbringlichen Kosten einer Rechtsverfolgung auf Zahlung, Aufhebung eines Mietverhältnisses oder Räumung (§ 32 Abs. 4 ImmoWertV 21 und § 29 Satz 1 und 2 II. BV).

Zur Bestimmung des Reinertrags werden vom Rohertrag nur die Bewirtschaftungskosten(anteile) in Abzug gebracht, die vom Eigentümer zu tragen sind, d. h. nicht zusätzlich zum angesetzten Rohertrag auf die Mieter umgelegt werden können.

Ertragswert / Rentenbarwert (§ 29 und § 34 ImmoWertV 21)

Der vorläufige Ertragswert ist der auf die Wertverhältnisse am Wertermittlungsstichtag bezogene (Einmal)Betrag, der der Summe aller aus dem Objekt während seiner Nutzungsdauer erzielbaren (Rein)Erträge einschließlich Zinsen und Zinseszinsen entspricht. Die Einkünfte aller während der Nutzungsdauer noch anfallenden Erträge – abgezinst auf die Wertverhältnisse zum Wertermittlungsstichtag – sind wertmäßig gleichzusetzen mit dem vorläufigen Ertragswert des Objekts. Als Nutzungsdauer ist für die baulichen und sonstigen Anlagen die Restnutzungsdauer anzusetzen, für den Grund und Boden unendlich (ewige Rente).

Liegenschaftszinssatz (§ 21 Abs. 2 ImmoWertV 21)

Der Liegenschaftszinssatz ist eine Rechengröße im Ertragswertverfahren. Er ist auf der Grundlage geeigneter Kaufpreise und der ihnen entsprechenden Reinerträge für mit dem Bewertungsgrundstück hinsichtlich Nutzung und Bebauung gleichartiger Grundstücke nach den Grundsätzen des Ertragswertverfahrens als Durchschnittswert abgeleitet (vgl. § 21 Abs. 2 ImmoWertV 21). Der Ansatz des (marktkonformen) Liegenschaftszinssatzes für die Wertermittlung im Ertragswertverfahren stellt somit sicher, dass das Ertragswertverfahren ein marktkonformes Ergebnis liefert, d. h. dem Verkehrswert entspricht.

Der Liegenschaftszinssatz ist demzufolge der Marktanpassungsfaktor des Ertragswertverfahrens. Durch ihn werden die allgemeinen Wertverhältnisse auf dem Grundstücksmarkt erfasst, soweit diese nicht auf andere Weise berücksichtigt sind.

Restnutzungsdauer (§ 4 i. V. m. § 12 Abs. 5 ImmoWertV 21)

Die Restnutzungsdauer bezeichnet die Anzahl der Jahre, in denen eine bauliche Anlage bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung voraussichtlich noch wirtschaftlich genutzt werden kann. Als Restnutzungsdauer ist in erster Näherung die Differenz aus 'üblicher Gesamtnutzungsdauer' abzüglich 'tatsächlichem Lebensalter am Wertermittlungsstichtag' zugrunde gelegt. Diese wird allerdings dann verlängert (d. h. das Gebäude fiktiv verjüngt), wenn beim Bewertungsobjekt wesentliche Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden oder in den Wertermittlungsansätzen unmittelbar erforderliche Arbeiten zur Beseitigung des Unterhaltungstaus sowie zur Modernisierung in der Wertermittlung als bereits durchgeführt unterstellt werden.

Besondere objektspezifische Grundstücksmerkmale (§ 8 Abs. 3 ImmoWertV 21)

Unter den besonderen objektspezifischen Grundstücksmerkmalen versteht man alle vom üblichen Zustand vergleichbarer Objekte abweichenden individuellen Eigenschaften des Bewertungsobjekts (z. B. Abweichungen vom normalen baulichen Zustand, eine wirtschaftliche Überalterung, insbesondere Baumängel und Bauschäden (siehe nachfolgende Erläuterungen), oder Abweichungen von den marktüblich erzielbaren Erträgen).



Der Mietvertrag konnte nicht eingesehen werden. Es besteht daher das Risiko, dass die Wohnung unter der marktüblich erzielbaren Kaltmiete vermietet ist und nicht sofort um den Differenzbetrag erhöht werden kann. Dadurch werden für einen gewissen Zeitraum geringere Mieten erzielt, als in dieser Bewertung zunächst angenommen. Um dieses Risiko zu berücksichtigen, wird ein Abschlag von 10% des vorläufigen marktangepassten Vergleichswertes (9.468,26 €) vorgenommen.

Baumängel und Bauschäden (§ 8 Abs. 3 ImmoWertV 21)

Baumängel sind Fehler, die dem Gebäude i. d. R. bereits von Anfang an anhaften – z. B. durch mangelhafte Ausführung oder Planung. Sie können sich auch als funktionale oder ästhetische Mängel durch die Weiterentwicklung des Standards oder Wandlungen in der Mode einstellen.

Bauschäden sind auf unterlassene Unterhaltungsaufwendungen, auf nachträgliche äußere Einwirkungen oder auf Folgen von Baumängeln zurückzuführen.

Für behebbare Schäden und Mängel werden die diesbezüglichen Wertminderungen auf der Grundlage der Kosten geschätzt, die zu ihrer Beseitigung aufzuwenden sind. Die Schätzung kann durch pauschale Ansätze oder auf der Grundlage von auf Einzelpositionen bezogenen Kostenermittlungen erfolgen.

Der Bewertungssachverständige kann i. d. R. die wirklich erforderlichen Aufwendungen zur Herstellung eines normalen Bauzustandes nur überschlägig schätzen, da

- nur zerstörungsfrei – augenscheinlich untersucht wird,
- grundsätzlich keine Bauschadensbegutachtung erfolgt (dazu ist die Beauftragung eines Bauschadens-Sachverständigen notwendig).

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Angaben in dieser Verkehrswertermittlung allein aufgrund Mitteilung von Auftraggeber, Mieter etc. und darauf beruhenden in Augenscheinnahme beim Ortstermin ohne jegliche differenzierte Bestandsaufnahme, technischen, chemischen o. ä. Funktionsprüfungen, Vorplanung und Kostenschätzung angesetzt sind.



5.6.3 Ertragswertberechnung

Gebäudebezeichnung g	Mieteinheit	Fläche (m ²)	Anzahl (Stck.)	marktüblich erzielbare Nettokaltmiete		
				(€/m ²) bzw. (€/Stck.)	monatlich h (€)	jährlich (€)
Wohnungseigentum	Wohnung 14. OG	74,90		9,50	711,55	8.538,60
Summe		74,90	-		711,55	8.538,60

Die Ertragswertermittlung wird auf der Grundlage der marktüblich erzielbaren Nettokaltmiete durchgeführt.

Rohrertrag (Summe der marktüblich erzielbaren jährlichen Nettokaltmieten)	8.538,60 €
Bewirtschaftungskosten (nur Anteil des Vermieters) (vgl. Einzelaufstellung)	– 1.624,39 €
jährlicher Reinertrag	= 6.914,21 €
Reinertragsanteil des Bodens 1,80 % von 12.400,00 € (Liegenschaftszinssatz × anteiliger Bodenwert)	- 223,20 €
Ertrag der baulichen und sonstigen Anlagen	= 6.691,01 €
Kapitalisierungsfaktor (gem. § 34 ImmoWertV 21) bei p = 1,80 % Liegenschaftszinssatz und n = 28 Jahren Restnutzungsdauer	× 21,843
vorläufiger Ertragswert der baulichen und sonstigen Anlagen	= 146.151,73 €
anteiliger Bodenwert (vgl. Bodenwertermittlung)	+ 12.400,00 €
vorläufiger Ertragswert des Wohnungseigentums	= 158.551,73 €
marktübliche Zu- oder Abschläge	+ 0,00 €
marktangepasster vorläufiger Ertragswert	= 158.551,73 €
besondere objektspezifische Grundstücksmerkmale	– 30.745,50 €
Ertragswert des Wohnungseigentums	= 127.806,23 €
	rd. 128.000,00 €

5.6.4 Erläuterungen zu den Wertansätzen in der Ertragswertberechnung

Wohn- bzw. Nutzflächen

Die Berechnungen der Wohn- bzw. Nutzflächen wurden von mir durchgeführt. Sie orientieren sich an der Wohnflächen- und Mietwertrichtlinie zur wohnwertabhängigen Wohnflächenberechnung und Mietwertermittlung (WMR), in der die von der Rechtsprechung insbesondere für Mietwertermittlungen entwickelten Maßgaben zur wohnwertabhängigen Anrechnung der Grundflächen auf die Wohnfläche systematisiert sind, sofern diesbezügliche Besonderheiten nicht bereits in den Mietansätzen berücksichtigt sind (vgl. [2], Teil 1, Kapitel 15) bzw. an der in der regionalen Praxis üblichen Nutzflächenermittlung. Die Berechnungen können demzufolge teilweise von den diesbezüglichen Vorschriften (WoFIV; II. BV; DIN 283; DIN 277) abweichen; sie sind deshalb nur als Grundlage dieser Wertermittlung verwendbar.



Rohertrag

Die Basis für die Ermittlung des Rohertrags ist die aus dem Grundstück marktüblich erzielbare Nettokaltmiete. Diese entspricht der jährlichen Gesamtmiete ohne sämtliche auf den Mieter zusätzlich zur Grundmiete umlagefähigen Bewirtschaftungskosten.

Die marktüblich erzielbare Miete wurde auf der Grundlage von verfügbaren Vergleichsmieten für mit dem Bewertungsgrundstück vergleichbar genutzte Grundstücke aus der Sprengnetter-Vergleichsmiete für ein Standardobjekt und aus anderen Mietpreisveröffentlichungen als mittelfristiger Durchschnittswert abgeleitet und angesetzt. Dabei werden wesentliche Qualitätsunterschiede des Bewertungsobjektes hinsichtlich der mietwertbeeinflussenden Eigenschaften durch entsprechende Anpassungen berücksichtigt.

Aus Angeboten für die Neuvermietung ergibt sich eine Preisspanne von 7,00 bis 11,00 €/m². Die Mietspiegel-Miete zum 1. August 2023 beträgt 8,20 €/m². In der Marktdatenbank der Firma Sprengnetter wird eine Spanne von 9,36 – 10,81 €/m² angegeben. Unter Berücksichtigung des Bewertungsstichtags und allen weiteren wertrelevanten Merkmalen erscheint ein Ansatz von 9,50 €/m² marktgerecht.

Bewirtschaftungskosten

Die vom Vermieter zu tragenden Bewirtschaftungskostenanteile werden auf der Basis von Marktanalysen vergleichbar genutzter Grundstücke (insgesamt als prozentualer Anteil am Rohertrag, oder auch auf €/m² Wohn- oder Nutzfläche bezogen oder als Absolutbetrag je Nutzungseinheit bzw. Bewirtschaftungskostenanteil) bestimmt.

Dieser Wertermittlung werden die in der ImmoWertV 21, Anlage 3 veröffentlichten durchschnittlichen Bewirtschaftungskosten zugrunde gelegt. Dabei wurde darauf geachtet, dass dasselbe Bestimmungsmodell verwendet wurde, das auch der Ableitung der Liegenschaftszinssätze zugrunde liegt.

Bewirtschaftungskosten (BWK) Wohnung

BWK-Anteil	Kostenanteil [% vom Rohertrag]	Kostenanteil [€/m ² WF]	Kostenanteil insgesamt [€]
Verwaltungskosten	---	---	420,00
Instandhaltungskosten	---	13,80	1.033,62
Mietausfallwagnis	2,00	---	170,77
Summe			1.624,39 (ca. 19 % des Rohertrags)

Liegenschaftszinssatz

Für das Marktsegment 5 (Ludwigshafen) wird im Landesgrundstücksmarktbericht bezogen auf die relative Restnutzungsdauer (35%) rund 1,80% angegeben.

Gesamtnutzungsdauer

Die Gesamtnutzungsdauer (GND) ergibt sich aus der Art der baulichen Anlage und dem den Wertermittlungsdaten zugrunde liegenden Modell. Dabei wurde darauf geachtet, dass dasselbe Bestimmungsmodell verwendet wurde, das auch der Ableitung der Liegenschaftszinssätze zugrunde liegt. Die GND ist aus Anlage 1 der ImmoWertV 2021 entnommen.

Restnutzungsdauer

Aus der üblichen Gesamtnutzungsdauer (80 Jahre) und der dem Gebäudealter (2024 – 1972 = 52 Jahre) ergibt sich die Restnutzungsdauer mit (80 Jahre – 52 Jahre =) 28 Jahren.

Besondere objektspezifische Grundstücksmerkmale

Siehe Erläuterungen zur Vergleichswertermittlung.



5.7 Bewertung der Lasten und Beschränkungen in Abteilung II des Grundbuchs

Lfd. Nr. 1: Gehrecht für die Stadt Ludwigshafen

Bei dem Grundstück handelt es sich um eine Fläche des öffentlichen Raums. Ein Gehrecht stellt daher keine Minderung des Verkehrswertes dar.

Lfd. Nr. 2: Transformatorenstations-, Gasstations-, Versorgungsleitungen-, Betretungs- und Fahrrecht für die Technischen Werke Ludwigshafen

Bei Gebäudekomplexen wie dem der Otto-Stabel-Straße 2-4 mit 275 Wohnungen, 25 Gewerbeeinheiten und einer Tiefgarage ist es üblich, dass es für die Versorgung Kontraktoren gibt, die Zugang zu den technischen Anlagen erhalten. Ein solches Recht führt nicht zur Minderung des Verkehrswertes.

Lfd. Nr. 5: Sanierungsverfahren

Das Sanierungsgebiet Innenstadt wurde am 23.12.2022 eröffnet. Über mögliche Projekte wie beispielsweise Hausmodernisierungsmaßnahmen, Ordnungsmaßnahmen und Begrünungsmaßnahmen werden die politischen Gremien sukzessive entscheiden. Umfang und Dauer können daher nur anhand anderer Sanierungsverfahren eingeschätzt werden.

Der Ausgleichsbeitrag ist von dem Eigentümer zu bezahlen, der zum Zeitpunkt der Aufhebung des Sanierungsgebietes im Grundbuch eingetragen ist. Das Sanierungsverfahren kann 10-20 Jahre dauern. Ausgleichsbeiträge fallen in sehr unterschiedlicher Höhe an. Unterstellt man einen Ausgleichsbeitrag von 20,00 € ergibt das für das Grundstück $20,00 \text{ €} \times 3.771 \text{ m}^2 = 75.420,00 \text{ €}$, bezogen auf den hier bewerteten Miteigentumsanteil 300,17 € zahlbar in 8 bis 18 Jahren.

In Anbetracht der Unsicherheit hinsichtlich des Betrags und des Zeitpunkts einer möglichen Fälligkeit kann keine Bewertung erfolgen.

5.8 Verkehrswert

Grundstücke mit der Nutzbarkeit des Bewertungsgrundstücks werden üblicherweise zu Kaufpreisen gehandelt, die sich vorrangig am Vergleichswert orientieren.

Der Verkehrswert für den 398/100.000 Miteigentumsanteil an dem mit einem Wohn- und Geschäftshaus bebauten Grundstück in 67059 Ludwigshafen, Otto-Stabel-Straße 4, verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. II 14/3 zum Wertermittlungsstichtag 29. August 2024 ermittelt:

Grundbuch- und Katasterangaben des Bewertungsobjekts:

Grundbuch	Blatt	lfd. Nr.
Ludwigshafen	5470	1
Gemarkung	Flurstück	Fläche
Ludwigshafen	581/13	228 m ²
Ludwigshafen	581/19	3.465 m ²
Ludwigshafen	581/23	78 m ²
Fläche gesamt:		3.771 m²

wird zum Wertermittlungsstichtag 29. August 2024 mit rd.

126.000,00 €

in Worten: einhundertsechszwanzigtausend Euro

geschätzt.



Der Sachverständige bescheinigt durch seine Unterschrift zugleich, dass ihm keine Ablehnungsgründe entgegenstehen, aus denen jemand als Beweiszeuge oder Sachverständiger nicht zulässig ist oder seinen Aussagen keine volle Glaubwürdigkeit beigemessen werden kann.

Neustadt, den 2. September 2024

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH)
Alexander Hörner M. Eng.





6 Hinweise zum Urheberschutz und zur Haftung

Urheberschutz, alle Rechte vorbehalten. Das Gutachten ist nur für den Auftraggeber und den angegebenen Zweck bestimmt. Eine Vervielfältigung oder Verwertung durch Dritte ist nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet.

Der Auftragnehmer haftet für die Richtigkeit des ermittelten Verkehrswerts. Die sonstigen Beschreibungen und Ergebnisse unterliegen nicht der Haftung.

Der Auftragnehmer haftet unbeschränkt, sofern der Auftraggeber oder (im Falle einer vereinbarten Drittverwendung) ein Dritter Schadenersatzansprüche geltend macht, die auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit, einschließlich von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit der Vertreter oder Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers beruhen, in Fällen der Übernahme einer Beschaffenheitsgarantie, bei arglistigem Verschweigen von Mängeln, sowie in Fällen der schuldhaften Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

In sonstigen Fällen der leichten Fahrlässigkeit haftet der Auftragnehmer nur, sofern eine Pflicht verletzt wird, deren Einhaltung für die Erreichung des Vertragszwecks von besonderer Bedeutung ist (Kardinalpflicht). In einem solchen Fall ist die Schadenersatzhaftung auf den vorhersehbaren und typischerweise eintretenden Schaden begrenzt.

Die Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz bleibt unberührt.

Ausgeschlossen ist die persönliche Haftung des Erfüllungsgehilfen, gesetzlichen Vertreters und Betriebsangehörigen des Auftragnehmers für von ihnen durch leichte Fahrlässigkeit verursachte Schäden.

Die Haftung für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität von Informationen und Daten, die von Dritten im Rahmen der Gutachtenbearbeitung bezogen oder übermittelt werden, ist auf die Höhe des für den Auftragnehmer möglichen Rückgriffs gegen den jeweiligen Dritten beschränkt.

Eine über das Vorstehende hinausgehende Haftung ist ausgeschlossen bzw. ist für jeden Einzelfall auf maximal 300.000,00 EUR begrenzt.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die im Gutachten enthaltenen Karten (z. B. Straßenkarte, Stadtplan, Lageplan, Luftbild, u. ä.) und Daten urheberrechtlich geschützt sind. Sie dürfen nicht aus dem Gutachten separiert und/oder einer anderen Nutzung zugeführt werden. Falls das Gutachten im Internet veröffentlicht wird, wird zudem darauf hingewiesen, dass die Veröffentlichung nicht für kommerzielle Zwecke gestattet ist. Im Kontext von Zwangsversteigerungen darf das Gutachten bis maximal zum Ende des Zwangsversteigerungsverfahrens veröffentlicht werden, in anderen Fällen maximal für die Dauer von 6 Monaten.



7 Rechtsgrundlagen, verwendete Literatur und Software

7.1 Rechtsgrundlagen der Verkehrswertermittlung

- In der zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung gültigen Fassung -

BauGB:

Baugesetzbuch

BauNVO:

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO)

ImmoWertV:

Verordnung über die Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Immobilien und der für die Wertermittlung erforderlichen Daten (Immobilienwertermittlungsverordnung – ImmoWertV)

BGB:

Bürgerliches Gesetzbuch

WEG:

Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht (Wohnungseigentumsgesetz – WEG)

Erbbaurecht:

Gesetz über das Erbbaurecht

ZVG:

Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung

WoFlV:

Verordnung zur Berechnung der Wohnfläche (Wohnflächenverordnung – WoFlV)

WMR:

Richtlinie zur wohnwertabhängigen Wohnflächenberechnung und Mietwertermittlung (Wohnflächen- und Mietwertrichtlinie – WMR)

DIN 283:

DIN 283 Blatt 2 “Wohnungen; Berechnung der Wohnflächen und Nutzflächen” (Ausgabe Februar 1962; obwohl im Oktober 1983 zurückgezogen findet die Vorschrift in der Praxis tlw. weiter Anwendung)

II. BV:

Verordnung über wohnungswirtschaftliche Berechnungen nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz (Zweite Berechnungsverordnung – II. BV)

BetrKV:

Verordnung über die Aufstellung von Betriebskosten

WoFG:

Gesetz über die soziale Wohnraumförderung

WoBindG:

Gesetz zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen

MHG:

Gesetz zur Regelung der Miethöhe (Miethöhegesetz –MHG; am 01.09.2001 außer Kraft getreten und durch entsprechende Regelungen im BGB abgelöst)

PfandBfG:

Pfandbriefgesetz

BelWertV:

Verordnung über die Ermittlung der Beleihungswerte von Grundstücken nach § 16 Abs. 1 und 2 des Pfandbriefgesetzes (Beleihungswertermittlungsverordnung – BelWertV)

KWG:



Gesetz über das Kreditwesen

GEG:

Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden (Gebäudeenergiegesetz – GEG)

EnEV:

Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden (Energieeinsparungsverordnung – EnEV; am 01.11.2020 außer Kraft getreten und durch das GEG abgelöst)

BewG:

Bewertungsgesetz

ErbStG:

Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz

ErbStR:

Erbschaftsteuer-Richtlinien

7.2 Verwendete Wertermittlungsliteratur

- [1] Sprengnetter (Hrsg.): Immobilienbewertung – Marktdaten und Praxishilfen, Loseblattsammlung, Bände 1 – 4, Sprengnetter Immobilienbewertung, Bad Neuenahr-Ahrweiler 2016
- [2] Sprengnetter (Hrsg.): Immobilienbewertung – Lehrbuch und Kommentar, Loseblattsammlung, Bände 5 – 16, Sprengnetter Immobilienbewertung, Bad Neuenahr-Ahrweiler 2016
- [3] Sprengnetter (Hrsg.): Sachwertrichtlinie und NHK 2010 – Kommentar zu der neuen Wertermittlungsrichtlinie zum Sachwertverfahren, Sprengnetter Immobilienbewertung, Sinzig 2014
- [4] Schmitz, Heinz; Krings Edgar; Dahlhaus Ulrich J.; Meisel, Ulli: Baukosten 2020/21 – Instandsetzung, Sanierung, Modernisierung, Umnutzung, Band 1, Verlag für Wirtschaft und Verwaltung Hubert Wingen, Essen 2021
- [5] Stumpe, Bernd; Tillmann, Hans-Georg: Versteigerung und Wertermittlung – Zwangs-, Teilungs-, Nachlassversteigerungen und Versteigerungen nach ³ 19 WEG – Arbeitshilfen für die Praxis, 2. Auflage, Bundesanzeiger Verlag, Köln 2014
- [6] Kleiber, Wolfgang; Fischer, Roland; Werling Ullrich: Verkehrswertermittlung von Grundstücken – Kommentar und Handbuch zur Ermittlung von Marktwerten (Verkehrswerten) und Beleihungswerten sowie zur steuerlichen Bewertung unter Berücksichtigung der ImmoWertV, 8. Auflage, Bundesanzeiger Verlag, Köln 2017
- [7] Tillmann, Hans-Georg; Kleiber, Wolfgang; Seitz, Wolfgang: Tabellenhandbuch zur Ermittlung des Verkehrswerts und des Beleihungswerts von Grundstücken, 2. Auflage, Bundesanzeiger Verlag, Köln 2017
- [8] Schulz, Joachim: Architektur der Bauschäden – Schadensursache – Gutachterliche Einstufung – Beseitigung – Vorbeugung, 1. Auflage, Friedr. Vieweg & Sohn Verlag – GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006
- [9] Hausmann, Andrea; Rolf, Andrea; Kröll, Ralf: Rechte und Belastungen in der Immobilienbewertung, 5. Auflage, Werner Verlag, Köln 2015

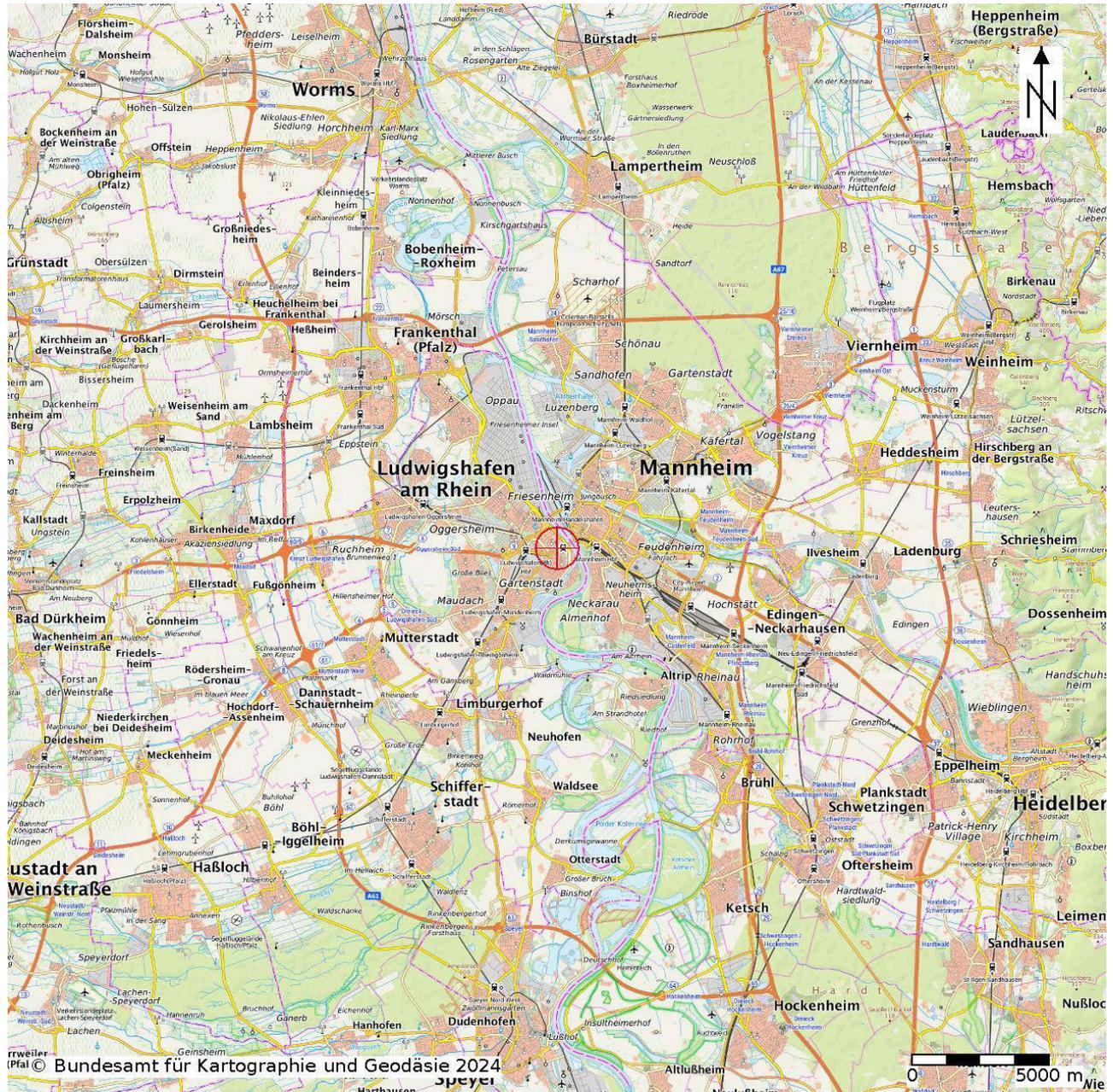
7.3 Verwendete fachspezifische Software

Das Gutachten wurde unter Verwendung des von der Sprengnetter GmbH, Sinzig entwickelten Softwareprogramms „Sprengnetter - ProSa“ (Stand November 2017) erstellt.



8 Karten

8.1 Übersichtskarte



Lizenziert bei Sprengnetter unter Transaktionsnummer: 20240810-99787-125700



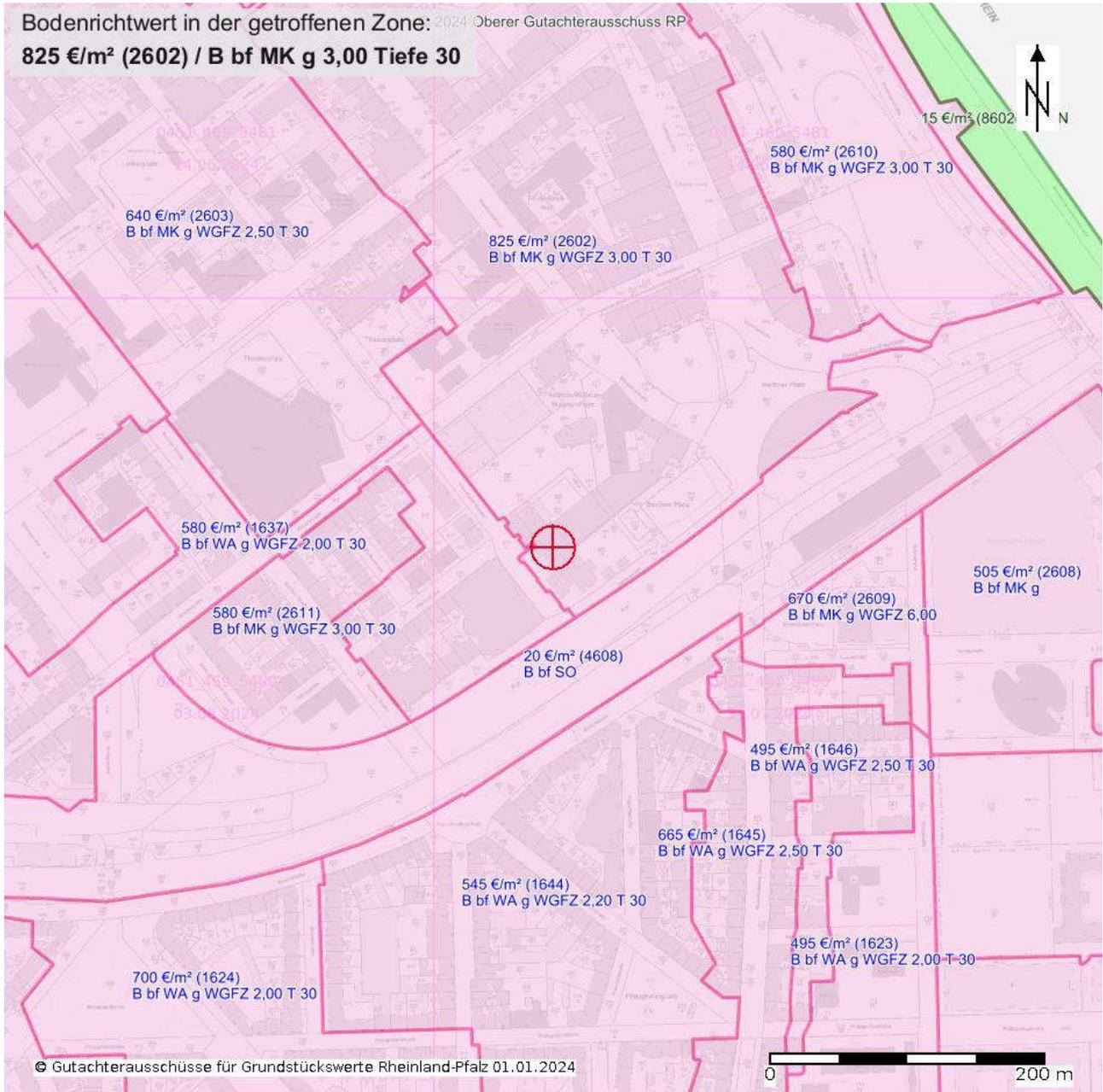
8.2 Detailkarte



Lizenziert bei Sprengnetter unter Transaktionsnummer: 20240810-99787-125700



8.4 Bodenrichtwertkarte



Lizenziert bei Sprengnetter unter Transaktionsnummer: 20240810-99787-125700



9 Wohnflächenberechnung

Berechnung der Wohnfläche

- nach § 10 WF-Wohnflächen- und Mietwertrichtlinie (WMR)³⁾ nach DIN 283 Blatt 2 (Ausgabe Februar 1962)³⁾
 nach Wohnflächenverordnung (WoFIV)²⁾ nach DIN 277 (Ausgabe Februar 2005)⁴⁾

für Eigentumswohnung II 14/03 67059 Ludwigshafen Otto-Stabel-Straße 4
Gebäude PLZ/Stadt Straße/Hausnummer

Die Berechnung erfolgt aus :

Fertigmaßen¹⁾ Berechnungsgrundlage örtliches Aufmaß
 Rohbaumaßen²⁾ Bauzeichnungen
 Fertig- und Rohbaumaßen

Geschoß	Raum Nr.	Raumbezeichnung ⁵⁾ (Besonderheiten)	(+/-)	Faktor ⁶⁾	Länge (m)	Putzabzug ⁷⁾ (Länge)	Breite (m)	Putzabzug ⁷⁾ (Breite)	GFR ⁸⁾ (m ²)	f _{WoFIV} ⁹⁾	aGFR _{WoFIV} ¹⁰⁾ (m ²)	f _{WMR} ¹¹⁾	aGFR _{WMR} ¹²⁾ (m ²)
15. OG	1	Diele			1,675	0,02	4,000	0,02	6,59	1,00	6,59	1,00	6,59
15. OG	2	Flur/Essecke			3,450	0,02	2,380	0,02	8,09	1,00	8,09	1,00	8,09
15. OG	3	Kind			3,800	0,02	2,420	0,02	9,07	1,00	9,07	1,00	9,07
15. OG	4	Eltern			6,350	0,02	2,800	0,02	17,60	1,00	17,60	1,00	17,60
15. OG	5	Bad			1,735	0,02	2,800	0,02	4,77	1,00	4,77	1,00	4,77
15. OG		Abzug Vormauerung			0,100	0,02	2,000	0,02	-0,16	1,00	-0,16	1,00	-0,16
15. OG	6	Kochen			1,675	0,02	2,800	0,02	4,60	1,00	4,60	1,00	4,60
15. OG	7	Wohnen			4,555	0,02	5,240	0,02	23,67	1,00	23,67	1,00	23,67
15. OG		Abzug Loggia			0,900	0,02	2,520	0,02	-2,20	1,00	-2,20	1,00	-2,20
15. OG	8	Loggia West			0,650	0,01	5,800	0,00	3,71	0,25	0,93	0,25	0,93
15. OG		Loggia West			0,850	0,01	2,420	0,02	2,02	0,25	0,50	0,25	0,50
16. OG	9	Loggia Ost			0,650	0,01	5,800	0,00	3,71	0,25	0,93	0,25	0,93
17. OG		Loggia Ost			0,850	0,01	2,420	0,02	2,02	0,25	0,50	0,25	0,50
Summe nach WoFIV (1) bzw. WMR (2) anrechenbaren Grundflächen (ohne Außenflächen) gesamt											74,90 (1)		74,90



10 Fotos





11 Grundriss

